

**OBERBÜRGERMEISTER
MICHAEL JANN**



**Etatrede des Oberbürgermeisters
zur Einbringung des Haushalts 2022
und der mittelfristigen Finanzplanung
bis 2025 im Gemeinderat
am 08. Dezember 2021**

Motto:

**„Gemeinsam kraftvoll aus der Krise in die Zukunft
starten“**

Sperrfrist: 08.12.2021, 17:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
verehrte Gäste, wert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

1. Einleitung

Hatten wir im letzten Jahr bei der Haushaltsverabschiedung mit Beginn der Impfkampagne noch die Hoffnung, dass wir nach dem Winter die Pandemie bald hinter uns lassen können, muss ich heute durchaus ernüchtert feststellen, dass es eher noch schlimmer und für die Gesundheit vieler bedrohlicher geworden ist. Die Erfahrung aus zwei recht entspannten Pandemie-Sommern mit jeweils im Herbst stark ansteigenden Infektionszahlen zeigt uns, wie es künftig weitergehen könnte, wenn wir nicht grundlegend gegensteuern. Gerade wird uns ja ganz deutlich vor Augen geführt, dass lange noch nicht alles vorbei ist, auch wenn wir im Gegensatz zum Frühjahr 2020 nun Tests und Impfungen haben, aber leider haben wir jetzt mit Delta auch die deutlich ansteckendere Variante, wodurch die Pandemiebekämpfung massiv erschwert wird. Eigentlich hatten wir es in einem hochentwickelten Industrieland bisher für selbstverständlich gehalten, dass alle Erkrankten nicht nur Corona-Patienten, eine adäquate Versorgung erhalten, derzeit sind wir aber wieder in einer Situation in der das Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps steht und wir nicht genau wissen, welche Maßnahmen erforderlich sein werden die aktuelle Welle zu brechen. Das Wort „Lockdown“ taucht dabei wieder öfter auf. Zwischenzeitlich sollte jeder erkannt haben, dass wir diese Corona-Endlosschleife nur durch eine sehr hohe Impfquote durchbrechen können. Allerdings muss man auch feststellen, dass alle Appelle und der ausgeübte Druck noch nicht zum Ziel geführt haben, weshalb auch das Wort „Impfpflicht“ jetzt häufiger verwendet wird. Mit Blick auf die Meldungen über die neue, vielleicht noch bedrohlichere, Virusvariante „Omikron“, haben wir die Chance die Pandemie zeitnah unter Kontrolle zu bekommen, möglicherweise auch bereits versäumt.

Leider hat die Pandemie auch weiterhin Auswirkungen auf die Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen, wenn auch die Nachrichten der vergangenen Wochen zur Steuerschätzung wieder Hoffnung auf bessere Zeiten aufkommen lassen. Überstanden ist der finanzielle Einbruch aber noch nicht, genauso wenig, wie die Pandemie vorüber ist. Und wirtschaftliche Stabilität, die unseren Wohlstand sichert,

wird es erst geben, wenn wir nicht mehr von Infektionswelle zu Infektionswelle reiten, und das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Auf die aktuelle Lage und die weiteren Aussichten möchte ich im Folgenden zu sprechen kommen.

2. Ausgangslage

In welchem wirtschaftlichen Umfeld bewegen wir uns?

Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor von der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Dies trifft vor allem den Dienstleistungsbereich. Eine Folgewirkung der Pandemie sind weltweite Lieferengpässe. Im vergangenen Jahr war die Nachfrage eingebrochen, nun zieht die Weltwirtschaft wieder an, vor allem in Asien, allerdings geht die Tendenz nicht steil nach oben. Staus an Häfen und fehlende Containerkapazitäten behindern den wirtschaftlichen Aufschwung. Vorprodukte fehlen oder sind im Preis stark gestiegen. Der weltweite Teilemangel dämpft vor allem das Auslandsgeschäft der deutschen Industrie. Das reale Wachstum fällt in diesem Jahr voraussichtlich geringer aus als zunächst angenommen. Die Bundesregierung geht in ihrer Prognose, die Basis für die aktuelle November-Steuerschätzung ist, von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,6 % statt bisher 3,5 % aus. Ein Großteil des ausgefallenen Wachstums soll im kommenden Jahr nachgeholt werden, was einen Anstieg von 3,6 % auf 4,1 % zur Folge hätte. Welche Auswirkung die massiv steigenden Zahlen der Corona-Neuinfektionen der letzten Wochen und die angespannte Lage des Gesundheitssystems noch haben werden, bleibt abzuwarten. Entsprechend ist auch die Haushaltsplanung für das Jahr 2022 weiterhin mit größeren Unwägbarkeiten verbunden.

Wie sieht der kommunalwirtschaftliche Rahmen aus?

Hatte die Mai-Steuerschätzung noch einen deutlichen Rückgang gegenüber der letztjährigen November-Steuerschätzung prognostiziert, lässt die diesjährige November-Steuerschätzung wieder Hoffnung auf bessere Zeiten in naher Zukunft aufkeimen.

Nach dem massiven Einbruch der kommunalen Einnahmen im Jahr 2020 steigt die Kurve in den kommenden Jahren zwar wieder an. Insgesamt aber liegen die Einnahmen bei den Gemeinschaftssteuern und den Schlüsselzuweisungen noch 1,3 Mio. € unter dem Ergebnis des Jahres 2019. Betrachtet man alle städtischen Steuereinnahmen plus Schlüsselzuweisungen, sind es sogar 4,7 Mio. €. Die aus den Beratungen der Gemeinsamen Finanzkommission resultierenden fortgeschriebenen Orientierungsdaten liegen seit Anfang dieser Woche vor, daraus ergeben sich noch Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen. Das Ergebnis wird in die Haushaltsberatungen einfließen.

Trotz Einsparungsbemühungen der Verwaltung, die allen Beteiligten bereits deutliche Kompromisse abverlangt hat, erwarten wir ein negatives ordentliches Ergebnis von 0,9 Mio. € im Ergebnishaushalt. In fast gleicher Höhe hatten wir das in der diesjährigen Finanzplanung für 2022 prognostiziert, sozusagen eine Punktlandung, wenn auch im negativen Bereich.

Bereits bei meiner Rede zum Haushalt 2020 hatte ich, noch unter ganz anderen Rahmenbedingungen, darauf hingewiesen, dass wir ein nicht zu unterschätzendes Risiko für unsere künftigen Haushalte haben, wenn mehrjährige Investitionsmaßnahmen begonnen wurden, die nicht mehr einfach zu stoppen sind und gleichzeitig unsere Erträge sinken. Dieser Fall ist nun leider eingetreten.

Derzeit profitieren wir noch von den guten Ergebnissen der vergangenen Vor-Corona-Jahre und können negative Ergebnisse durch unsere ErgebnISRücklage ausgleichen. Ebenso verfügen wir noch über liquide Mittel, die es uns ermöglichen keine massiven Einschnitte bei unseren laufenden Aufwendungen vornehmen zu müssen. Allerdings fehlen uns durch defizitäre Ergebnishaushalte Eigenfinanzierungsmittel bei ohnehin schon verhältnismäßig hoher Verschuldung.

Trotz schwieriger Haushaltslage wird die Stadt Mosbach weiterhin auf hohem Niveau ihre Investitionstätigkeit fortsetzen, die begonnen Großprojekte planmäßig zum Abschluss bringen und danach auch neue Maßnahmen in Angriff nehmen können, daher möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede unter das Motto stellen.

„Gemeinsam kraftvoll aus der Krise in die Zukunft starten.“

3. Erläuterung des Haushalts 2022

3.1 Ergebnishaushalt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich komme nun zum Ergebnishaushalt 2022. Der heute vorgelegte Einbringungsentwurf weist ein negatives ordentliches Ergebnis von 0,9 Mio. € aus. Darin ist bereits ergebnisverbessernd die Auflösung der im Jahr 2020 gebildeten Rückstellungen aus Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer und der Gewerbesteuerkompensationszahlung für coronabedingte Ausfälle von Bund und Land enthalten. Diese Unterstützungsleistungen werden im Kommunalen Finanzausgleich 2022 vollangerechnet und lösen Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen und Mehraufwendungen bei der Finanzausgleichs- und der Kreisumlage aus. Die Auflösung der Rückstellungen verbessert das ausgewiesene ordentliche Ergebnis um zusammen 3,4 Mio. €.

Die Stadt kann ihre Nettoabschreibungen von rd. 3,5 Mio. € im kommenden Jahr somit nur teilweise erwirtschaften und auch keinerlei Beitrag zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionen erbringen.

Mit einem Volumen von knapp 70 Mio. € liegt der Ergebnishaushalt aber trotz der Punktlandung beim ordentlichen Ergebnis um 2,2 Mio. € über der letztjährigen Prognose für das Jahre 2022 und 2,8 Mio. € über dem Volumen des Jahres 2021.

Dazu tragen die Schlüsselzuweisungen bei, die rd. 1,4 Mio. € über dem Ansatz des laufenden Jahres liegen. Bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer rechnen wir ebenfalls mit Mehrerträgen von 0,5 Mio. €. Bei der Gewerbesteuer gehen wir davon aus, dass ein Ansatz von 11,0 Mio. € erreicht werden kann, das wären 0,5 Mio. € mehr als der Ansatz des laufenden Jahres. Das ist aber immer noch 2,6 Mio. € weniger als im Rekordjahr 2019.

Geringere Einnahmen von 0,4 Mio. € erwarten wir hingegen bei der Vergnügungssteuer, hier macht sich insbesondere die gesetzlich verordnete Reduzierung der Anzahl der Spielmöglichkeiten bemerkbar und auch der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer fällt um 0,3 Mio. € niedriger aus.

Mehrerträge von rd. 0,6 Mio. € gegenüber der Haushaltsplanung 2021 sind bei den Zuweisungen des Landes zu verzeichnen, dies liegt größtenteils an den Zuweisungen für die Digitalisierungsmaßnahmen an den Gymnasien.

Unsere Personalaufwendungen steigen um 0,5 Mio. €, wobei ein zu erwirtschaftender globaler Minderaufwand von 0,2 Mio. € veranschlagt ist, so dass der tatsächliche Anstieg 0,3 Mio. € beträgt. Eine Reduzierung oder ein verlangsamter Anstieg der Personalaufwendungen ist kurzfristig kaum realisierbar, da Steigerungen bei den Gehältern und Besoldungen tarif- und beamtenrechtlich vorgegeben sind und die zu erfüllenden gesetzlichen Anforderungen und bürokratischen Vorgaben in vielen Bereichen weiter anwachsen.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben wir nach der Reduzierung der Ansätze 2021 um 0,5 Mio. €, wieder einen deutlichen Anstieg um 1,9 Mio. € geplant. Davon entfallen 1,3 Mio. € auf den Gebäudeunterhalt und 0,3 Mio. € auf den Unterhalt des unbeweglichen Vermögens, wie Straßen und Kanäle. Mit diesen Erhöhungen kann aber der angemeldete Bedarf noch nicht gedeckt werden, es soll jedoch zumindest ein weiterer Anstieg des Instandhaltungsstaus vermieden werden. Allerdings werden in den Folgejahren weitere Erhöhungen notwendig werden, um unsere Infrastruktur zu erhalten.

Die Kreisumlage beträgt 11,1 Mio. € und liegt damit nur 0,1 Mio. € über dem Ansatz des laufenden Jahres. Ohne die beschlossene Senkung um einen Prozentpunkt wäre die Kreisumlage um 0,4 Mio. € höher ausgefallen. Für die Zukunft muss man aber wohl eher mit Steigerungen rechnen.

Veränderungen der Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer sind im kommenden Jahr nicht vorgesehen.

Dagegen wird aufgrund der hohen Unterhaltungs- und Investitionsausgaben im Bereich der Abwasserbeseitigung sowohl bei der Stadt selbst als auch beim Abwasserzweckverband Elz-Neckar eine Erhöhung der Abwassergebühren erforderlich, die wir gerade eben beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt beschlossen haben. Die Schmutzwassergebühr erhöht sich um 9 Cent auf 2,34 € je Kubikmeter Abwasser und die Niederschlagswassergebühr um 12 Cent auf 0,66 € je Quadratmeter befestigter Fläche.

Nun komme ich zum Finanzhaushalt

3.2 Finanzhaushalt

Alles in allem sind Bruttoinvestitionen von 13,4 Mio. € geplant und damit etwa 1,0 Mio. € mehr als nach der diesjährigen Finanzplanung für 2022 vorgesehen. An Zuschüssen und Kostenersätzen, sowie Vermögensveräußerungen werden 3,6 Mio. € erwartet. Der wesentliche Teil der Investitionsausgaben geht zu Lasten von Fortsetzungsmaßnahmen. Die höchsten Beträge entfallen dabei auf die weitere Sanierung von Straßen und Kanälen sowie den behindertengerechten Umbau von Bushaltestellen, den Neubau der Kindergärten in der Waldstadt und in Neckarelz sowie die Sanierungsmaßnahmen an der Pestalozzi-Realschule und der Grundschule Diedesheim.

Der Finanzhaushalt hat einen Finanzierungsmittelbedarf von 10,7 Mio. €, der sich aus dem Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts von 0,9 Mio. € und dem Finanzierungsmittelbedarf für Investitionen von 9,8 Mio. € ergibt. Normalerweise sollte im Ergebnishaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe der ordentlichen Tilgungsausgaben von 2,0 Mio. € erzielt werden, dieses Ziel verfehlen wir deutlich. Die hohen Investitionen bedingen außerdem eine Kreditaufnahme ohne Umschuldung von 5,0 Mio. €, das sind rd. 0,8 Mio. € mehr als in der diesjährigen mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2022 vorgesehen. Die Verschuldung steigt dadurch zum Ende des Planjahres einschließlich noch zu tätiger Kreditaufnahmen aus Ermächtigungen der Jahre 2020 und 2021 von aktuell 31,0 Mio. € auf 42,5 Mio. €.

3.3 Finanzplanung bis 2025

Die Finanzplanung wird bei uns auf der Basis aller verfügbaren Daten so präzise wie möglich aufgestellt. Trotzdem bleibt sie auch unter normalen Rahmenbedingungen eine mit Unsicherheiten behaftete Prognose. Umso schwieriger ist es gerade in diesen Zeiten zuverlässig für einen Zeitraum von mehreren Jahren zu planen.

In den Jahren 2023 bis 2025 rechnen wir mit etwas höheren Erträgen als noch im aktuellen Haushalt angenommen. Allerdings werden auch die Aufwendungen deutlicher ansteigen als zuletzt erwartet. Dennoch gehen wir jeweils davon aus, dass wieder

positive ordentliche Ergebnisse und Zahlungsmittelüberschüsse, die die Tilgungsausgaben übersteigen, erzielt werden können. Die Abschreibungen wären dann ebenfalls in allen Jahren vollständig erwirtschaftet.

Im diesem Jahr hatten wir die Investitionsausgaben gegenüber der bisherigen Finanzplanung deutlich reduziert und insbesondere mehrjährige Maßnahmen zurückgestellt. In die jetzt vorlegte Finanzplanung haben wir einen Teil der zunächst aufgeschobenen Investitionen erneut eingestellt. Ob alles auch tatsächlich finanzierbar ist, müssen wir abwarten.

Die mittelfristige Finanzplanung weist in den Jahren 2023 ff. geplante Investitionen und Investitionszuschüsse von insgesamt 35,7 Mio. € aus, was weitere Nettokreditaufnahmen von 10,1 Mio. € bedingt. Unsere Verschuldung würde damit auf rd. 52,6 Mio. € steigen.

Gleichzeitig wären dann die aus den vergangenen Jahren noch vorhandenen liquiden Mittel vollständig aufgebraucht.

4. Einzelthemen

Nach den Eckdaten des Haushalts 2022 und dem Ausblick bis 2025 komme ich nun zu aktuellen Einzelthemen.

4.1 Personal

Die Personalaufwendungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 525 T€ (+ 2,9 %) auf insgesamt 18,7 Mio. €. Durch die Festsetzung einer globalen Minderausgabe in Höhe von 1 % werden tatsächlich nur 18,5 Mio. € zur Verfügung stehen.

Der Anstieg der Personalaufwendungen entsteht zum einen durch die bereits vereinbarten Tarifsteigerungen bei den TVöD-Beschäftigten für die Bereiche des Bundes und der Kommunen um 1,4 % (tatsächliche Steigerung ab 01.04.2022 um 1,8 %) sowie die noch zu erwartenden Besoldungsanpassungen bei den Beamtinnen und Beamten. Bei den Besoldungsanpassungen für die Beamtinnen und Beamten des Lan-

des und der Kommunen ist davon auszugehen, dass sich der Gesetzgeber am Ergebnis der Tarifverhandlungen der Länder orientiert, wo eine Steigerung um 2,8 % bei einer Laufzeit von 24 Monaten vereinbart wurde.

Zum anderen entsteht eine Erhöhung der Personalaufwendungen durch die Schaffung neuer Planstellen im Umfang von 5,8 Stellen. Im Gegenzug wurden Personalstellen bzw. -stellenanteile reduziert; so auch im Sekretariat unseres Bürgermeisters. Zudem wird im Bereich der Alten Mälzerei das nach und nach ausscheidende städtische Personal nicht mehr ersetzt und neues Personal direkt bei der GmbH & Co. KG beschäftigt. In Summe müssen deshalb lediglich 1,44 zusätzliche Stellen im Stellenplan ausgewiesen werden.

Die neuen Stellen verteilen sich wie folgt:

Vorgesehen ist eine neue Stelle im Tiefbau sowie die Stelle einer/eines Technischen Zeichners/in. Außerdem sind (getreu dem Motto: geh mit der Zeit – sonst gehst du mit der Zeit) neue Stellen in den Bereichen Social Media und Klimaschutz/Mobilität vorgesehen. Die Anforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel werden auch auf kommunaler Ebene immer umfangreicher und sind allein mit vorhandenem Personal nicht mehr zu stemmen, daher sollen Aufgaben wie die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung, der Ausbau erneuerbarer Energien und das Thema Mobilität gebündelt und mit fachlich qualifiziertem Personal hinterlegt werden. Dies ist umso wichtiger, als die gesetzten Klimaschutzziele von Bund und Land nur durch eine konsequente Umsetzung vor Ort erreicht werden können. Hier sind wir als Kommune mit unseren eigenen Gebäuden, aber auch darüber hinaus in vielen Lebensbereichen stark gefordert.

Des Weiteren sind für die Geschäftsstelle des Gemeinsamen Gutachterausschusses für den Neckar-Odenwald-Kreis zwei zusätzliche Stellen – je eine im Bereich Technik und Verwaltung - vorgesehen. Hier ist natürlich zu erwähnen, dass ein Großteil der Personalkosten - im Verhältnis der Einwohnerzahlen - von den beteiligten Kommunen erstattet wird. Ebenso ist hier zu erwähnen, dass sich die Geschäftsstelle nach wie vor im Aufbau befindet. Vor dem Hintergrund des neuen Landesgrundsteuergesetzes, das die Bodenrichtwerte neben der Grundstücksgröße als alleiniges Bewertungsmerkmal für die Berechnung der Grundsteuerwerte festsetzt, muss sogar mit einer weiteren Personalmehrung für die Zukunft gerechnet werden. Der Bedarf an

weiteren Stellen ist durch eine gutachterliche Stellungnahme belegt, insbesondere im Hinblick darauf, dass die weiteren Kommunen diese Kosten mittragen müssen. Eine weitere Stelle ist für die Leitung des neuen Geschäftsbereichs Kultur und Tourismus vorzusehen.

Nachdem die Einbringung und in der Folge auch die Verabschiedung des Haushalts 2022 später erfolgt als üblich und die Stellen größtenteils zahlenmäßig bereits im Stellenplan 2021 vorhanden sind - bitte ich um Verständnis dafür, dass wir einen Teil der neu geplanten Stellen aufgrund der Dringlichkeit bereits zeitnah ausschreiben werden.

4.2 Infrastruktur für Bildung und Betreuung

Schulbaumaßnahmen

Schulsanierung ist weiterhin ein Dauerbrenner und verursacht erheblichen Aufwand und jährlich steigende Kosten. Im kommenden Jahr liegt der Schwerpunkt auf der Fortführung bereits begonnener Großprojekte, dabei geht es sowohl um Erhaltung und Verbesserung der Substanz, als auch um energetische Ertüchtigung, zeitgemäße Technik und Ausstattung.

Die Pestalozzi-Realschule ist zurzeit die größte Baustelle der Stadt Mosbach. Insgesamt 13,5 Mio. € verschlingt die in den Jahren 2020 bis 2023 vorgesehene Sanierung in zwei Bauabschnitten. Sowohl die Innenräume als auch die Fassade werden energetisch ertüchtigt und neu konzipiert. Gefördert wird das Großprojekt mit Landesmitteln in Höhe von bereits zugesagten 2,0 Mio. €. Zu einem weiteren Förderantrag in Höhe von 1,5 Mio. € erwarten wir eine zeitnahe Entscheidung.

Die Sanierung der Grundschule Diedesheim ist mit dem Umzug der Schule zurück an ihren Standort Anfang Januar 2022 so gut wie abgeschlossen.

Die Außenanlage muss noch fertiggestellt werden, ebenso kleinere Restarbeiten im Bereich der Turnhalle. Für diese Arbeiten und die Abrechnung der Maßnahme sind nochmals Mittel von 410 T€ eingestellt.

Im Auguste-Pattberg-Gymnasium wird die begonnene Brandschutzmaßnahme ebenso wie die Erneuerung der Chemiefachräume fortgesetzt. Dafür sind 650 T€ im Ergebnishaushalt und weitere 365 T€ im Finanzhaushalt eingestellt.

Eine weitere Planungsrate von 150 T€ wird für den Neubau der Turnhalle in der Waldstadt in den Haushalt aufgenommen. Im kommenden Jahr erwartet uns ein intensiver Planungsprozess mit den handelnden Akteuren, der weitere Zeit in Anspruch nehmen wird. Unterschiedliche Nutzungsideen, neben dem reinen Schulsport sollen ebenso Berücksichtigung finden, wie die bautechnischen Anforderungen nach heutigem Standard. Stichworte sind CO₂-Neutralität und Nachhaltigkeit. Für die Baumaßnahme sind weitere Mittel in der Finanzplanung aufgenommen, da derzeit mangels konkreter Planungen die Baukosten noch nicht präzise zu beziffern sind und daher Zuschussmöglichkeiten noch nicht geklärt werden können, ist der Zeitpunkt für den Beginn der Maßnahme auch im Hinblick auf die Finanzierbarkeit noch nicht exakt bestimmbar.

Digitalpakt

Die bereits begonnenen Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen IT-Struktur im Auguste-Pattberg-Gymnasium und im Nicolaus-Kistner-Gymnasium werden in den Sommerferien 2022 in einem zweiten Bauabschnitt fortgesetzt, dem dann 2023 ein dritter Bauabschnitt folgen wird. Die Planungen sind fertiggestellt und die Auftragsvergaben erfolgt. Die notwendigen Finanzmittel sind im Ergebnishaushalt berücksichtigt. Insgesamt schlagen die beiden Maßnahmen über alle drei Bauabschnitte mit über 2 Mio. € zu Buche und werden mit knapp 1,3 Mio. € gefördert.

Kindergärten Waldstadt, Neckarelz, Lohrbach und Naturkindergarten

Die Realisierung von zumindest zwei der großen Bauprojekte als Reaktion auf den gestiegenen Betreuungsbedarf nähert sich dem Abschluss.

Unvorhergesehene Beeinträchtigungen des Bauverlaufs und bautechnische Probleme verzögern die ursprünglich noch für 2021 vorgesehene Inbetriebnahme des **Kindergartens in der Waldstadt**. Sie führen zu einer weiteren – aber moderaten –

Kostenerhöhung. Noch bedauerlicher ist jedoch die Tatsache, dass die dringend notwendigen zusätzlichen Betreuungsplätze erst zeitverzögert belegt werden können und betroffene Eltern in eine schwierige Betreuungssituation bringen. Sowohl die katholische Kirchengemeinde als Bauträger als auch die Stadt Mosbach hoffen, dass die Betriebsaufnahme nun nach den Osterferien erfolgen kann. Bis heute wurden städtische Baukostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 1,43 Mio. € für erbrachte Bauleistungen gewährt. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf enthält weitere Ansätze in 2022 und 2023 von zusammen 920 T€.

Mit der Baumaßnahme **evangelischer Kindergarten Neckarelz / Kleinkindbetreuung Spielwiese** im Münchgraben wurde im Juli 2021 begonnen. Dank der Holzständerbauweise mit vorgefertigten Holzbauelementen und reibungslosen Rohbauarbeiten kann ein schneller Baufortschritt festgestellt werden. Durch die sprunghaft angestiegenen Holzmarktpreise ergeben sich gegenüber der ursprünglichen Planung Mehrkosten in Höhe von rd. 190 T€, die evtl. noch teilweise durch Minderausgaben bei anderen Gewerken kompensiert werden können. Nachdem für nahezu alle Gewerke die Ausschreibungsergebnisse vorliegen, liegen die übrigen Kosten im Bereich der Planung. Ausweislich des aktuellen Bauzeitenplans kann von einer pünktlichen Inbetriebnahme zu Beginn des Kindergartenjahres 2022/2023 ausgegangen werden. Damit stehen dann endlich weitere, dringend benötigte Plätze für die u3- und für die Ganztagsbetreuung zur Verfügung. Für die Bezuschussung der Maßnahme sind neben den bereits ausgezahlten 1,2 Mio. € weitere 1,6 Mio. € im kommenden Jahr und 1,5 Mio. € in den Folgejahren vorgesehen.

Mit dem Beschluss des Gemeinderates vom 11.02.2021 zum Anbau des **Kindergartens Lohrbach** an die dortige Grundschule wurde die Grundlage für die weiteren Planungen zur Sanierung des Schulgebäudes und zur Integration der Kindertageseinrichtung geschaffen. Erste Abstimmungen der Entwurfsplanung mit KVJS und Unfallkasse sind erfolgt. Die aktuelle Kostenschätzung liegt bei 4,5 Mio. € für die Gesamtmaßnahme, die im Finanzhaushalt 2022 mit einer Planungsrate und der mittelfristigen Finanzplanung mit weiteren Ansätzen abgebildet ist.

Ein bereits seit 2019 von der Verwaltung verfolgtes Ziel der Kindertagesbetreuung rückt im kommenden Jahr in greifbare Nähe und soll das örtliche Betreuungsangebot durch ein neues und attraktives Element abrunden: **Der Natur- bzw. Waldkindergarten an der Dreibrunnenwiese**. Der Standort bietet ideale Voraussetzungen für

eine hochwertige, naturnahe und nachhaltige pädagogische Bildung und Betreuung in mitten einer herrlichen Naturlandschaft und erlaubt eine alternative Betreuungsform. Mit ihr lassen sich innerhalb kurzer Zeit 20 Betreuungsplätze für Kinder ab 3 Jahren schaffen. Den durchaus übersichtlichen Herstellungskosten, welche im Haushalt berücksichtigt sind, stehen Betriebskosten gegenüber, welche sich jedoch nicht von denen klassischer Kindertageseinrichtungen unterscheiden.

Die in den letzten Wochen erhaltene durchgehend positive Resonanz aus der Öffentlichkeit für einen solchen Schritt spricht für ein bedarfsgerechtes, fehlendes Angebot und bietet eine herausfordernde, aber auch bereichernde Alternative zugunsten des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern.

4.3 Weitere städtische Infrastruktur

ÖPNV

Der 2018 wegen gesetzlicher Anforderungen zur Barrierefreiheit begonnene Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet muss auch in 2022 fortgesetzt werden (Haltestellen Bahnhof Bleichstraße und in der Kurfürstenstraße Lohrbach). Dafür sind im Finanzhaushalt 520 T€ veranschlagt, aus Zuschüssen des Landes werden Einnahmen in Höhe von 295 T€ erwartet.

Straßen

Im Ergebnishaushalt sind für die Straßenunterhaltung 1,5 Mio. € vorgesehen und damit 200 T€ mehr als im Vorjahr. Dafür gibt es mehrere Gründe: Für Zwischenlagerung, Beprobung und Entsorgung von Aushub entsteht Mehraufwand, beim Baumaterial ist mit Preiserhöhungen zu rechnen und es werden auch Kosten für ergänzende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem anstehenden Breitbandausbau erwartet, die von der Stadt zu tragen sind.

Der Ansatz für die Straßenerneuerung im Finanzhaushalt beläuft sich auf 1,3 Mio. €. Vorgesehen sind dringende Maßnahmen in der Bahnhofstraße Neckarelz, am Hammerweg und in der Donauschwabenstraße. Im Zusammenhang mit dem 2. Abschnitt

der Sanierung der B 27 durch das Regierungspräsidium (zwischen Amtshausstraße und Wasemweg) entstehen der Stadt Kostenanteile für die Erneuerung der Gehwege.

Für die Radwege im Stadtgebiet sind im Finanzhaushalt 52 T€ veranschlagt, unter anderem für Planungskosten zu Baumaßnahmen, die aus der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts resultieren können. Zur Realisierung dieser Maßnahmen ist zudem eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50 T€ vorgesehen.

Kanäle

Für den Unterhalt des städtischen Kanalnetzes ist im Ergebnishaushalt 1 Mio. € eingestellt, die für Maßnahmen im Zuge der Eigenkontrollverordnung eingesetzt wird. Wie beim Straßenunterhalt schlagen auch hier erhöhte Kosten für den Umgang mit Aushubmaterial sowie Preissteigerungen bei den Baustoffen zu Buche.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Ansatz für die Erneuerung von Kanälen wie schon im Vorjahr auf 1,15 Mio. €. Neben Kanalsanierungen in Mosbach und Neckarelz sind Kanalbaumaßnahmen vorgesehen im Knopfweg (im Zusammenhang mit der endgültigen Herstellung als Erschließungsstraße) sowie in der Kurfürstenstraße in Lohrbach (im Vorfeld der Deckenerneuerung des Landes).

Erstmalige Herstellung von Erschließungsstraßen

Nach der „Schorre“ und Falltorstraße / Kaisergässlein wird die Liste der noch nicht endgültig hergestellten Straßen im Stadtgebiet weiter abgearbeitet.

Als nächste Erschließungsstraße wird der Knopfweg im Abschnitt östlich des Knopfgässleins bis zum Lohrtalweg endgültig hergestellt. Der Auftrag für die Baumaßnahme ist bereits erteilt, wegen Lieferschwierigkeiten bei benötigten Baumaterialien kann jedoch erst Anfang 2022 mit den Arbeiten begonnen werden. In Ergänzung zu den in diesem Jahr bereitgestellten Mitteln i.H.v. 450 T€ sind im vorgelegten Haushaltsplanentwurf weitere 350 T€ vorgesehen. Der Aufwand für den Straßenbau kann

zu weiten Teilen über Erschließungsbeiträge refinanziert werden, diese werden mit etwa 600 T€ im Jahr 2023 erwartet.

Sanierung Innenstadt/Rathaus

Weiterhin werden private Maßnahmen bezuschusst. Anträge liegen aus dem Erweiterungsgebiet, aber auch aus dem ursprünglichen Sanierungsgebiet, vor. Laufende Bautätigkeiten zu Modernisierungen sind im Stadtbild nicht zu übersehen. Ein nicht unerheblicher Teil der Mittel aus dem Sanierungstopf ist für die Modernisierungsmaßnahmen im Dachgeschoss des historischen Rathauses vorgesehen.

Um die Stadtverwaltung zukunftsfähig aufzustellen bedarf es unterschiedlicher Maßnahmen. Ein Baustein ist die grundlegende Sanierung der Gebäude auf dem Rathausareal.

Erste eingeleitete Schritte sind die Betrachtung der sicherheitsrelevanten Voraussetzungen, wie z.B. des Brandschutzes und der Elektrotechnik. Aber auch die aktuellen Ansprüche an eine klimaangepasste Bauweise werden auf die denkmalgeschützten Gebäude übertragen, hier wird eine Energiebilanz erstellt und Maßnahmen daraus abgeleitet.

Greifbar im kommenden Jahr wird für Verwaltung und Bürgerschaft eine erforderliche Teilauslagerung von Verwaltungsmitarbeitenden damit die denkmalgeschützte Dachstuhlkonstruktion umfassend untersucht und überplant werden kann.

Im Haushalt sind Mittel für weitere Maßnahmen der Vorplanung der Gesamtsanierung in Höhe von 150 T€ eingestellt. Bis zum Jahr 2025 sind in der mittelfristigen Finanzplanung weitere 3,5 Mio. € enthalten, dabei erhoffen wir uns auch weitere Unterstützung durch Sanierungsfördermittel.

4.4 Feuerwehr

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürgern ist es wichtig, eine gut ausgebildete und bedarfsgerecht ausgestattete Feuerwehr vorzuhalten. Daher halten wir daran fest

kontinuierlich unsere Ausstattung zu erneuern und zu modernisieren. Im nächsten Jahr werden folgende Auslieferungen erwartet:

- das Mehrzweckboot (MZB) für die Abteilung Neckarelz-Diedesheim,
- ein Abrollbehälter Gefahrgut (AB-G) für die Abteilung Neckarelz-Diedesheim und
- ein Abrollbehälter Löschwasser (AB-W) für die Abteilung Mosbach-Stadt.

Außerdem ist für das kommende Haushaltsjahr eine Ausschreibung für ein Löschfahrzeug für die Abteilung Lohrbach geplant. Das zu ersetzende Fahrzeug ist Baujahr 1997, die Ersatzteilversorgung ist hierfür nicht mehr gewährleistet. Zur Finanzierung des Fahrzeuges ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 450 T€ im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Digitalisierung und fortschreitende Technische Lösungen zur Unterstützung in Gefahrensituationen oder bei Extremwetterereignissen wandeln unsere freiwillige Feuerwehr. Die Anschaffung von Abrollcontainern modernisiert den Fuhrpark. Um gleichzeitig verschiedenen Abteilungen die Möglichkeit zu geben auf die Abrollcontainer zuzugreifen soll ein zentraler Standort für ein Logistikzentrum geschaffen werden. Da noch diverse Vorüberlegungen erforderlich sind, ist erst für 2023 eine Planungsrate für ein entsprechendes Gebäude mit ca. 15 Stellplätzen vorgesehen.

Das zurzeit älteste Feuerwehrgerätehaus mit dem Baujahr 1985 steht in Reichenbuch. Im Zuge der Aktualisierung des Feuerwehrbedarfsplanes wurden erhebliche Mängel am Gebäude festgestellt. Eine Sanierung und Erweiterung des Gebäudes am Standort ist aus baulicher Sicht nicht möglich. Aufgrund der Haushaltslage und der noch zu klärenden Standortfrage ist eine Planungsrate für einen Neubau erst für 2024 in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

5. Stiftung Hospitalfonds

Der Haushalt der Stiftung Hospitalfonds weist ein positives ordentliches Ergebnis von 85 T€ aus. Dadurch wird ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 121 T€ erwartet. Investitionen sind im Finanzhaushalt im kommenden Jahr nicht vorgesehen.

Aufgrund der Sondertilgung eines bestehenden Darlehens in Höhe von 320 T€ reicht der Zahlungsmittelüberschuss nicht aus, um die gesamten Kredittilgungen von 343 T€ aus laufender Rechnung zu begleichen. Daher reduziert sich der Finanzierungsmittelbestand voraussichtlich um 222 T€. Gleichzeitig nimmt jedoch auch der Schuldenstand deutlich von rd. 750 T€ auf etwa 410 T€ ab.

Auswirkungen aus dem beabsichtigten Verkauf des Pfalzgrafenstifts und einem möglichen Erwerb von Miteigentumsteilen werden frühestens Ende 2023 erwartet, da das Pfalzgrafenstift noch bis zur Fertigstellung des Neubaus des Seniorenzentrums auf dem Gelände der Johannes-Diakonie am jetzigen Standort weiter betrieben wird. Im kommenden Jahr sollen aber die vertraglichen Regelungen für die Nachnutzung des Pfalzgrafenstifts konkretisiert werden.

6. Schluss

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörer,

ich habe Ihnen nun die wichtigsten Vorhaben und deren Finanzierung für das kommende Haushaltsjahr mit einem Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung erläutert.

Wie es schon zu erwarten war, müssen wir auch im Jahr 2022 noch mit angezogener Bremse fahren, um nicht ins Schleudern zu geraten. Da es nicht gelungen ist ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis auszuweisen oder Überschüsse zu erzielen, werden auch nicht alle wünschenswerten Projekte sofort in Angriff genommen werden können. Dennoch gelingt es uns die begonnenen Investitionsmaßnahmen ohne Vollbremsung fortzuführen und auch zukünftige Investitionsmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir profitieren noch immer von den guten Ergebnissen der Jahre 2017 bis 2019 mit satten Überschüssen, aber auch davon, dass wir uns in den Jahren 2020 und 2021 auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert haben und zudem kommt uns auch das sich abzeichnende Wachstum zugute. Dennoch bleibt weiterhin Unsicherheit bestehen, wie die künftige Entwicklung wirklich aussehen wird, deshalb ist es auch ratsam nicht alles vorhandene Pulver gleich zu verschießen, schon erst recht nicht mit Blick auf die Verschuldung. Denn, dass es in den vergangenen 15 Jahren gelungen ist, trotz eines umgesetzten Investitionsvolumens von über 100 Mio. € die

Verschuldung lediglich um 5,7 Mio. € zu erhöhen - und das bei einer eher finanzschwachen Stadt wie Mosbach - ist vor allem einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik geschuldet.

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf gelingt es dennoch, ganz viele Aspekte unserer kommunalen Aufgaben in ein ausgewogenes Verhältnis zu stellen, ob bei der Erhaltung und Erneuerung unserer Infrastruktur, bei Bildung und Betreuung, bei den Pflichtaufgaben genauso, wie bei den freiwilligen Aufgaben, aber auch bei Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Klimaschutz. Gerade in Bezug auf die beiden letztgenannten Themen werden uns die kommenden Jahre noch erhebliche Kraftanstrengungen finanziell wie personell abverlangen, wenn die gesteckten ehrgeizigen Ziele erreicht werden sollen.

Wie bereits dargelegt ist die finanzielle Situation der Stadt und ihrer Eigengesellschaften im Jahr 2022 eine echte Herausforderung. Auch steht zu befürchten, dass uns das kleine fiese Virus und vor allen Dingen seine Mutationen auch noch im kommenden Jahr in Atem halten wird. Ohne schwarzmalen zu wollen, es besteht die nicht geringe Wahrscheinlichkeit, dass dies nicht das einzige Virus bleibt, das uns in den kommenden Jahren Kopfzerbrechen bereiten wird. Schon jetzt wird darüber gesprochen, wann das Virus, das die afrikanische Schweinepest auslöst, den Weg in den menschlichen Organismus finden wird. All dies mit enormen Folgen für unser Gesundheitssystem, die Wirtschaft und vor allen Dingen für die betroffenen Menschen.

Aber wenn wir schon bei den zukünftigen Herausforderungen sind, dann lassen Sie mich noch in der gebotenen Kürze auf diese eingehen.

Dies sind die mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehenden Aufgaben, weiterhin die Digitalisierung, die Demographie, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, sowie Bildung und Betreuung im 21. Jahrhundert.

Gerade der Klimawandel und die Bekämpfung seiner Folgen hat auf der Seite der Gegenmaßnahmen zahlreiche Facetten bei denen anzusetzen ist.

Um das Klima zu schützen gilt es insbesondere in den Bereichen Wärme, Verkehr und Nachhaltigkeit Akzente zu setzen. Unsere bisherigen Bemühungen, die Ihnen ja aus unserer Gemeinderatsklausur bekannt sind, haben zu durchaus beachtlichen

Teilerfolgen beim Einsparen von Energie und der Erzeugung von regenerativer Energie geführt. Um aber die ehrgeizigen Ziele Deutschlands und Baden-Württembergs zu erreichen, nämlich bis 2045 respektive 2040 klimaneutral zu werden, werden wir uns mehr anstrengen müssen.

Natürlich wird das an der ein oder anderen Stelle auch mit Einschränkungen verbunden sein. Obwohl das Thema nunmehr in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, gibt es aber auch hier kritische Stimmen. Insbesondere hört man oft die Meinung was nützt es schon, wenn wir als kleines Deutschland mit gerade einmal 2% Anteil an dem weltweiten CO₂-Ausstoß einen radikalen Wandel in der Klimapolitik vollziehen und damit unseren Wohlstand aufs Spiel setzen, während Chinesen, Amerikaner und Inder weitermachen wie bisher und gerade China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehen lässt.

Dazu fällt mir ein Gleichnis ein, das der ein oder andere von ihnen vielleicht schon einmal gehört hat:

Ein alter Mann geht bei Sonnenuntergang den Strand entlang. Er beobachtet vor sich ein junges Mädchen, das Seesterne aufhebt und wieder zurück ins Meer wirft. Er holt es schließlich ein und fragt es, warum sie diese tue. Das junge Mädchen antwortet, dass die gestrandeten Seesterne sterben, wenn sie bis Sonnenaufgang hier liegen bleiben werden. „Aber der Strand ist doch kilometerlang und tausende Seesterne liegen hier. Was macht es für einen Unterschied, wenn Du Dich abmühst?“ sagt der alte Mann. Das junge Mädchen blickt auf den Seestern in seiner Hand und wirft ihn in die rettenden Wellen. Es schaut den alten Mann an und sagt: „Für diesen hier macht es einen Unterschied.“

Ja, es macht einen Unterschied ob wir handeln, oder alles einfach so weiterlaufen lassen wie bisher. Und genau das haben wir vor, nämlich handeln, schrittweise aber mit dem klaren Ziel vor Augen unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte und bewohnbare Erde zu hinterlassen. Den ersten Seestern haben wir ins Wasser zurückgeworfen, als wir unter Tagesordnungspunkt 2 den Aufstellungsbeschluss für den Flächennutzungsplan Windkraft einstimmig beschlossen haben. Im Übrigen haben auch alle anderen Gemeinden unserer vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft dem Aufstellungsbeschluss bereits zugestimmt, so dass die Abstimmung im gemeinsamen Ausschuss nur noch eine reine Formsache ist.

Dies mag sich zwar nicht besonders aufregend anhören, ist aber ein wichtiges Symbol dafür, dass wir uns auf den Weg machen hin zu mehr Erzeugung regenerativer Energien auf unseren Gemarkungsflächen. In Sachen Freiflächenphotovoltaik werden wir ebenfalls im nächsten Jahr über die Bauleitplanung die nächsten Schritte gehen. Auch da gibt es schon Überlegungen zu konkreten Potentialstandorten. Schließlich gilt es hier als einen der nächsten Schritte im Gemeinderat unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine sinnvolle, operationalisierbare Dekarbonisierungsstrategie zu entwickeln und festzulegen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Mobilität. Da ist zum einen der öffentliche Nahverkehr und zum anderen der bei uns im ländlichen Raum noch stark ausgeprägte Individualverkehr. Hier muss es unser Ziel sein, mehr attraktive Angebote im ÖPNV und SPNV anzubieten um noch mehr Menschen vom Auto zum Umsteigen in Bus und Bahn zu bewegen. Mit zwei Stadtbuslinien, S-Bahn Rhein-Neckar, Stadtbahn Nord und Car-Sharing Angeboten sind wir zwar nicht schlecht aufgestellt, aber insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Taktung gibt es noch Optimierungsbedarf.

Allerdings wird dies ein Bohren dicker Bretter werden, deshalb ist es umso wichtiger in den kommenden Jahren die Ladeinfrastruktur für umweltfreundlichere E-Fahrzeuge konsequent auszubauen. Gerade ist dazu ein Förderprogramm aufgelegt worden und zwar auch für Kommunen und ihre Dienstfahrzeuge die bei dementsprechender Ladeeinrichtungen finanziell unterstützt werden. Wir prüfen daher gerade geeignete Standorte.

War der Radverkehr in Mosbach eher aufgrund seiner Topographie etwas stiefmütterlich ausgeprägt, hat dieser durch das Aufkommen der E-Bikes deutlich Aufwind bekommen. Diesen Trend aufnehmend, sind wir gerade dabei unseren Radwegeverkehrsplan, der mittlerweile in die Jahre gekommen ist, einer grundlegenden Revision zu unterziehen.

Ein Gebiet auf dem wir schon jeher nachhaltig gewirtschaftet haben, ist der Forst. Aber auch hier wissen wir durch unsere regelmäßigen Waldbegehungen, dass der Wald in den letzten Trockenjahren enormen Schaden genommen hat, was uns zwingt über den Anbau resistenterer Arten nachzudenken. Man mag sich gar nicht

ausmalen was in Gebieten, die von Natur aus schon mehr mit Trockenheit zu kämpfen haben, für Probleme herrschen. Neulich habe ich gelesen, dass in der Türkei viele herrliche Seen mittlerweile nur noch Schlammtümpel sind, durch den Entzug von Wasser für Trinkwasser und die Bewässerung der Landwirtschaft, mit katastrophalen Folgen für Flora und Fauna. Soweit dürfen wir es einfach nicht kommen lassen.

Ein kleiner aber dennoch wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit sind auch unsere Bemühungen Fairtrade-Town zu werden. Leider hat uns da die Pandemie zeitlich einen Strich durch die Rechnung gemacht, aber wir arbeiten daran engagiert weiter.

Die kommunale Wärmeplanung ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen geworden und wir als große Kreisstadt müssen dies nicht nur für unsere eigenen Gebäude tun, sondern für sämtliche Immobilien auf unserer Gemarkung. Nach der Planung wird es die Aufgabe sein neben der Reduktion von CO₂-Emissionen im Verkehr auch schrittweise die Emissionen unserer Gebäude zu senken, dies auch im Hinblick auf weiterhin steigende Energiepreise und CO₂-Bepreisung. Bei privaten Immobilien wird dies nicht ohne entsprechende Förderung von Investitionen in Wärmedämmung und umweltschonende Heiztechniken gehen. Dies überfordert die kommunale Finanzkraft, so dass hier Bund und Länder unterstützen müssen.

Ein zweites Megathema des 21. Jahrhunderts ist die Digitalisierung in allen Lebensbereichen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Pandemie, die positiv gesehen zum Fortschrittstreiber oder Katalysator geworden ist. Homeoffice, Homeschooling, digitale Impfausweise und Apps zur Kontaktnachverfolgung sowie zur Prüfung des aktuellen Impfstatus sind in kürzester Zeit eingeführt worden, was in Normalzeiten wahrscheinlich Jahre gedauert hätte. Voraussetzung, dass wir dies alles nutzen können, ist eine Glasfaserinfrastruktur, die es ermöglicht die enormen Datenmengen im Netz zu bewältigen.

Ich gehe davon aus, dass BBV im nächsten Jahr auch in Mosbach den Ausbau des Glasfasernetzes angehen wird.

Bei der Digitalisierung unserer Schulen, insbesondere unserer beiden Gymnasien APG und NKG, sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Ebenso bei der Realschule, wo im Rahmen der Sanierung die Verkabelung erfolgt, aber bei den Werkrealschulen und den Grundschulen, bis auf die Grundschule Diedesheim, die Referenzschule für Medienbildung ist, stehen wir noch am Anfang. Die Neudefinition der Aufgaben von Land und Schulträgern, was diesen Bereich betrifft, ist dringend notwendig, da wir diese Aufgabe nach Wegfall der einmaligen Bundesförderung, den sogenannten Wanka-Milliarden, nicht alleine werden stemmen können.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist durch das Online Zugangsgesetz ebenfalls eine Pflichtaufgabe geworden. Ab nächstem Jahr kann der Bürger seine Anträge auch online stellen, allerdings ist eine medienbruchfreie Bearbeitung nur bei den wenigsten Vorgängen möglich. Mit der neuen IT-Abteilung und unserem Digitalisierungsbeauftragten sind wir aber gut aufgestellt um die kommenden Aufgaben zu bewältigen und bei Bedarf im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit unsere Nachbarn zu unterstützen.

Die Digitalisierung kann uns auch bei der Erreichung der Klimaziele hilfreich sein durch entsprechende Sensorik in der Gebäudetechnik, aber auch im Verkehr durch intelligente Verkehrsleitsysteme, die situationsabhängig den Verkehr bedarfsgerecht regeln und damit unnötige Emissionen vermeiden.

Eine schon vor Jahren erkannte Problematik, die aber in den letzten Jahren aus dem kollektiven Bewusstsein verschwunden zu sein schien, ist jetzt in der Pandemie wieder sichtbar geworden, nämlich die Demographie. Im Zuge der Verknappung von Rohstoffen, Bauteilen und Energie hat man plötzlich festgestellt, dass es auch zunehmend an Fachkräften mangelt, die die Produkte liefern, montieren oder weiterverarbeiten. Und dieser Effekt wird sich in den nächsten Jahren noch deutlich verstärken, wenn die Generationen der 50er und 60er Jahre, die am geburtenstärksten waren, sukzessive in den Ruhestand gegangen sind. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, dass die Menschen, die berechtigterweise als Asylbewerber oder Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, möglichst schnell und gut in unsere Gesellschaft integriert werden. Hier sind wir mit unserer Integrationsbeauftragten und der Abteilung Migration und Integration, sowie unserer Schulsozialarbeit und offenen Jugendarbeit gut aufgestellt. Meiner Meinung nach wird daneben eine gesteuerte Zuwanderung

von gut ausgebildeten Menschen in unser Land unerlässlich sein, um die Leistungsfähigkeit von Handel, Handwerk und Industrie zu sichern.

Dafür müssen wir aber mehr und vor allen Dingen auch bezahlbaren Wohnraum schaffen. Neben der Bebauung des ehemaligen Spitzer Areals stehen hier des Weiteren das ehemalige Gärtneriegelände der Familie Kottal und der Hungerberg als Flächen zur Siedlungsentwicklung an. Bei Letzterem hat die Kommunalentwicklung, die von uns und der Johannes Diakonie zur Planung eines integrativen Stadtteils beauftragt ist, erste Projektskizzen geliefert. Zudem wird voraussichtlich im nächsten Jahr eine weitere größere innerstädtische Fläche für eine Bebauung mit Wohnungen frei. Dies bietet die Chance in einem überschaubaren Zeitraum das oben genannte Ziel zu erreichen, bei möglichst geringem Flächenverbrauch bisher unbebauter Flächen. Das Ziel Innen- vor Außenentwicklung kann somit weitestgehend erreicht werden.

Dies ist eine Aufzählung der wesentlichen Aufgaben und Herausforderungen –alles andere würde den Rahmen einer Haushaltsrede sprengen-, die uns in den kommenden Jahren stark beschäftigen werden. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit Ihnen als Gemeinderat und einer engagierten Verwaltungsmannschaft diese nicht nur beherzt angehen werden, sondern auch erfolgreich bewältigen werden. Damit dies gelingt, bedarf es des gegenseitigen Vertrauens, gemeinsamer Überzeugungen und Zielen. Diesen Konsens sehe ich als gegeben an und blicke daher zuversichtlich in die Zukunft.

Abschließend bedanke ich mich bei der Kämmerei und bei allen anderen Mitarbeitenden für das konstruktive und kollegiale Vorgehen bei der Aufstellung des Gemeinschaftswerkes Haushalt.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, übergebe ich nun den Entwurf, wie bei uns üblich ohne weitere Aussprache, zur weiteren Beratung in den Gremien.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!